Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1926

5.5.1926 (No. 103)

Visual Library

№ 103 Mittwoch, den 5. Mai 1926 169. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.– Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft u. Bildung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Bad. Landtags

* Aufrollung der Flaggenfrage

Die Reichsregierung stützt sich bekanntlich parlamentarisch auf eine Minderheitskoalition, eine Tatsache, die von vornherein zeigt, wie schwach eigentlich die Stellung des Kabinetts ist. Mehrheitsbeschlüsse im Reichstag können zugunsten der Reichsregierung nur dann zustandekommen, wenn entweder die Deutschnationalen oder die Sozialdemokraten für die Regierung stimmen. Die Homogenität im Kabinett selbst aber ist gleichfalls nicht sehr groß; zumal zwischen den Demokraten und der Deutschen Volkspartei bestehen Anschauungsunterschiede, die so erheblich sind, daß sie alle Augenblick hervortreten und die Arbeiten des Kabinetts behindern. Die politischen Probleme aber, die von diesem Kabinett gelöst werden sollen, sind so kompliziert, daß auch ein völlig homogenes Kabinett, das sich auf eine sichere Mehrheit stützt, nur mit äußerster Kraftanstrengung hoffen dürfte, dieser Probleme Herr zu werden.

Alle diese Tatsachen haben das Reichskabinett nicht abgehalten, einen einstimmigen Beschluß zu fassen, der **die Flaggenfrage von neuem aufrollt**, damit aber die **innerpolitische Situation**, die schon an und für sich recht verworren ist, **mit einer neuen Krisis belastet.** Angesichts der Feststellung, daß das Kabinett bisher in verschiedenen Fragen keineswegs einheitlich vorzugehen vermochte, ist die Einstimmigkeit der Reichsregierung in bezug auf die zu erwartende Verordnung in der Flaggenfrage umso erstaunlicher. Sowohl die demokratischen Vertreter, wie die Vertreter des Zentrums im Kabinett haben jener Verordnung zugestimmt. Hätten sie sich vorher über die Zustimmung ihrer eigenen Parteien orientiert, so hätten sie diese Zustimmung wahrscheinlich nicht erteilt. Denn, soviel wir sehen können, wird die geplante Verordnung nicht nur von der Sozialdemokratie, sondern auch von der Presse und den Fraktionen des **Zentrums** und der **Deutschdemokraten entschieden abgelehnt.** Damit ergibt sich nicht nur für die eben genannten Vertreter im Kabinett, sondern für das Kabinett als solches eine höchst unerwünschte Lage.

Was besagt nun die geplante Verordnung, die auf die Anregung des Reichsaußenministers zurückgehen soll? Nach dieser Verordnung haben alle deutschen **Botschaften, Gesandtschaften** und **Konsulate** künftig **neben der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge auch die Handelsflagge zu zeigen, also schwarz-weiß-rot mit der schwarz-rot-goldenen Gösch.** Wie es heißt, hat Herr Stresemann die Notwendigkeit dieser Maßnahme damit begründet, daß die **Auslandsdeutschen** sich mit den Farben Schwarz-Rot-Gold nicht befreunden wollen, und daß eine Reihe von Gesandtschaften das Aufziehen der Handelsflagge neben der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge angeregt habe. Nach der Anschauung des Reichskabinetts sei die beabsichtigte Verordnung verfassungsmäßig.

Die **Kritik**, die an der Aktion des Reichskabinetts geübt wird, stützt sich zunächst rein **rechtlich** auf die Reichsverfassung selbst und kommt dabei zu dem Schluß, daß die Verordnung **nicht** verfassungsmäßig sei. Artikel 3 der Verfassung lautet: „Die Reichsfarben sind Schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke." Es ist also vollkommen klar, daß alle **Reichsbehörden** — und das sind die Botschaften, Gesandtschaften und **Konsulate** — die **Reichsflagge** zu führen haben. Mit der Handelsflagge haben diese Behörden garnichts zu tun. Der bekannte Artikel 48 der Verfassung kann natürlich obensowenig für die Verordnung zitiert werden, da es ein Unding wäre, den Nachweis zu versuchen, daß die Reichsflagge die öffentliche Sicherheit und Ordnung störe oder gefährde.

Vom **politischen** Standpunkt aus ist die Kritik noch viel schärfer. Die Parteien der Weimarer Verfassung sind der Ansicht, daß, wenn schon überhaupt in der Flaggenfrage etwas von seiten des Kabinetts unternommen werden soll, dies nur in **der Richtung geschehen kann, daß allenthalben, so auch im Ausland, den Reichsfarben die Achtung verschafft wird, die sie zu beanspruchen haben.** Wie sehr das nötig ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß heute noch die Werften, Hafenverwaltungen und ähnliche Behörden nicht einmal die Handelsflagge mit der schwarz-rot-goldenen Gösch, sondern die schwarz-weiß-rote Flagge **mit dem Adler** führen.

Der entschiedene **Protest** der drei Weimarer Parteien ist denn auch nicht ausgeblieben. Besonders bemerkenswert ist dabei die einmütige Stellungnahme der **Zentrumsfraktion.** Nach Auffassung des Zentrums ist die Aktion des Kabinetts im denkbar ungünstigsten Zeitpunkt erfolgt; für eine derartige Maßnahme liege nicht der geringste Anlaß vor. Die Farben der Reichsflagge stünden verfassungsmäßig eindeutig fest. Die Fraktion hat dem **Kanzler nahegelegt,** den vorbereiteten **Erlaß,** der eigentlich gestern schon veröffentlicht werden sollte, **schleunigst wieder zurückzuziehen.**

Zwei Koalitionsparteien sind also ganz entschieden gegen die Maßnahme des Kabinetts. Für dieses ist, wie gesagt, die Situation dadurch außerordentlich fatal geworden. Denn, da man es wegen der Verordnung nicht auf eine Sprengung der Koalition ankommen lassen wird, bleibt nichts anderes übrig, als den geplanten Erlaß raschestens wieder verschwinden zu lassen. Auch der ruhigste und wohlwollendste Beobachter wird sich des Eindrucks nicht ganz erwehren können, daß das Reichskabinett sich diese Komplikation hätte ersparen können.

*

Die Verordnung wird — wie aus **Berlin** gedrahtet wird — wahrscheinlich nicht in Kraft gesetzt werden. Bei einer **improvisierten Konferenz,** die heute nacht gelegentlich eines Gesellschaftsabends beim Reichsaußenminister zwischen den anwesenden Kabinettsmitgliedern und Parteiführern veranstaltet wurde, haben die Vertreter der **Demokraten** und des **Zentrums** in eindeutiger Weise ihren **ablehnenden Standpunkt** erklärt. Für heute vormittag war eine **Kabinettssitzung** angesagt, in der das Reichskabinett über die Situation, die durch den Protest zweier Koalitionsparteien geschaffen ist, beraten wollte. Für den Nachmittag ist eine **interfraktionelle Sitzung** anberaumt, in der die Frage voraussichtlich endgültig geklärt wird.

Der Reichspräsident in Hamburg

Reichspräsident von Hindenburg traf Dienstag mittag in Hamburg ein und trat nach der offiziellen Begrüßung auf dem Bahnhofe, wo eine Ehrenkompagnie der Küstenwehrabteilung Cuxhaven, der einzigen Reichswehrformation auf Hamburgischem Staatsgebiet, Aufstellung genommen hatte, die Fahrt nach dem Rathause an, überall von der spalierbildenden Menge mit lebhaften Ovationen begrüßt. Beim Eintritt in das Rathaus, wo im Bürgermeisteramtszimmer eine kurze Vorstellung der Mitglieder des Senats und des Präsidiums der Bürgerschaft erfolgte, erneuerten sich die Kundgebungen, die ihren Höhepunkt erreichten, als der Reichspräsident hinaustrat, um für die Huldigungen der Hamburger Bevölkerung zu danken, worauf die Menge spontan das Deutschlandlied anstimmte.

Von immer erneuten Zurufen umjubelt, verließ der Reichspräsident um 2½ Uhr das Rathaus, um von den Landungsbrücken eine zweistündige Fahrt durch den **Hamburger Hafen** anzutreten. An Bord der Staatsyacht „Hamburg" wurde eine Rundfahrt angetreten. Alle im Hafen liegenden Schiffe, auch die ausländischen, hatten über die Toppen geflaggt. Später legte die Staatsyacht an dem Dampfer „Deutschland" der Hapag an. Der Reichspräsident und die ihn begleitenden Herren begaben sich an Bord, wo sie vom Reichskanzler a. D. **Cuno,** dem Vorsitzenden des Direktoriums der Hamburg-Amerika-Linie empfangen wurden. Darauf wurde der Tee eingenommen, wobei Geheimrat Cuno den Reichspräsidenten mit eine Ansprache begrüßte. Er wies auf die Bedeutung der Schiffahrt und Hamburgs für das Reich hin. Der **Reichspräsident** erwiderte, er sehe in diesem stolzen Schiff ein Vorbild deutscher Arbeit, der Arbeit, die uns wieder zu Ehren kommen läßt.

Um 7 Uhr abends gab der **Senat** im großen Festsaal des Rathauses zu Ehren des Reichspräsidenten ein Essen, wobei Bürgermeister Dr. Petersen den Reichspräsidenten begrüßte. Dieser antwortete und erklärte, daß Hamburg mit Recht auf seine Eigenstaatlichkeit stolz sein könne, in der die Wurzeln seiner Kraft liegen. Es müsse unser Ziel sein, unter Ausnutzung der besonderen Anlagen und Fähigkeiten der einzelnen deutschen Stämme und Länder die besten Kräfte zusammenzufassen zur Einheit des in sich geschlossenen und starken Reiches; nur so können wir uns in der Welt behaupten und für unser Volk eine lichtere Zukunft erringen.

Später fanden auf dem Rathausmarkte große Kundgebungen statt. Der Reichspräsident erschien mehrmals auf dem Balkon des Rathauses und richtete unter lautloser Stille zur Einigkeit mahnende Worte an die Versammelten, die mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland schlossen. Das Publikum feierte den Reichspräsidenten stürmisch und sang das Deutschlandlied. Dr. Petersen brachte ein Hoch auf den Reichspräsidenten aus, in das die gewaltige Menschenmenge begeistert einstimmte. Abends gegen 11 Uhr wurde die Rückreise nach Berlin angetreten.

*

WTB. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) Reichspräsident von **Hindenburg** ist heute früh 5.50 Uhr von seiner Hamburger Reise auf dem Lehrter Bahnhof wieder eingetroffen.

Die Beisetzung des Gesandten Dr. Pfeiffer. Die Leiche des Wiener Gesandten Dr. Pfeiffer wird nach der am Mittwoch nachmittag im Südfriedhof zu **München** erfolgten feierlichen Aussegnung am Donnerstag nach **Speyer** übergeführt werden, wo voraussichtlich am Freitag die Beisetzung im Familiengrabe stattfindet.

Zum Generalstreik in England

Die Streiklage

WTB. **London,** 5. Mai (Tel.) Reuter gibt **heute 12 Uhr mittags** folgende Mitteilungen über die **Streiklage:** Heute vormittag wimmelten die Straßen von Angestellten, die zu Fuß sich in die Büros begeben. Im Verhältnis zu gestern sind **die Beförderungsmöglichkeiten** besser und der Verkehr weniger behindert. Die Great Western Eisenbahngesellschaft gibt die bevorstehende **Inbetriebnahme von 11 Strecken** bekannt. Der Untergrundbahnverkehr in London ist stark eingeschränkt. In der **Provinz** sind mehrere Zeitungen in kleiner Auflage erschienen. In Newcastle wurde gestern die Haltung der Menge gegenüber den Omnibusführern so drohend, daß diese ihre Wagen im Stiche ließen.

*

WTB. **London,** 5. Mai. (Tel.) Die Regierung hat eine eigene Zeitung „British Gazette" herausgegeben. Diese hebt hervor, alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß der Streik **nicht so vollständig** sei, wie seine Veranstalter gehofft hätten. Bevor der Generalstreik von seinen Führern nicht aufgehoben werde, könne nichts geschehen. Dies sei eine Bedingung, die jeglicher Wiedereröffnung von Verhandlungen voraus gehen müsse.

Die Regierung teilt mit, daß **Freiwillige in riesiger Menge** ihrem Rufe Folge leisteten. Der Kanalverkehr zwischen Calais und Dover ist gestern mittag vermittels eines Passagierschiffes und zweier Frachtdampfer aufrecht erhalten worden.

Es wird geschätzt, daß in **Hull** 25 000 Arbeiter streiken. — In **Cardiff** erschienen die Mittagsblätter. — Die Passagiere des gestern aus Newyork in Southampton angekommenen Dampfers „Mauretania" wurden im Kraftwagen nach London befördert. — Aus **Cork** wird gemeldet: Die Verluste infolge der Nichtausfuhr von Vieh, Eier und Butter werden auf 100 000 Pfund pro Woche geschätzt.

Weitere Meldungen besagen: In Liverpool [illegible] Straßenbahn- und Autobus-Dienst in vollem Gange. Auf dem Dock ruht die Arbeit; doch werden Vorkehrungen getroffen, um das Löschen leicht verderblicher Waren zu sichern. — In **Crewe** streiken 10 000 Mann, das ist so gut wie die ganze männliche Bevölkerung von Crowe.

Deutschland und der Streik

In den Kommentaren der Berliner Blätter zu dem Ausbruch des Generalstreiks in England kommt übereinstimmend die Ansicht zum Ausdruck, daß der Streik keinerlei dauernde Vorteile für die **deutsche Wirtschaft** bringen werde. Die Blätter äußern vielmehr die Besorgnis, daß bei der englischen Verbundenheit der internationalen Wirtschaft **eher Nachteile als Vorteile** aus dem englischen Generalstreik erwartet werden können.

Die „Tägl. Rundsch." sagt: Wir glauben, den Engländern sagen zu können, daß sich in Deutschland über die schwere Erschütterung des englischen Staats- und Wirtschaftslebens niemand freut, außer den berufsmäßigen Revolutionären, die die deutsche Staatsordnung ebenso bedrohen, wie sie nun die englische Staatsordnung gefährden. Auch unsere **Bergbauinteressenten** sehen den englischen Streik nicht als einen Gewinn an; denn das Beispiel Englands hat sie ja darüber belehrt, daß aus einer Katastrophe wahre Gewinne nicht erzielt werden können. Die Scheinblüte des englischen Bergbaus, die aus dem französischen Ruhreinbruch entsprossen ist, ist schnell verwelkt, und ebenso schnell würden die Vorteile schwinden, die unser Bergbau etwa aus dem englischen Ungemach ziehen könnte.

Ähnlich äußert sich die „Voss. Z.", die betont, daß eine temporäre Absatzsteigerung im Ruhrgebiet höchstens eine Verminderung der großen Haldenbestände, aber keineswegs eine Produktionssteigerung zur Folge haben werde. Eine heilsame Wirkung würde der Streik nur dann haben, wenn er die Engländer dazu veranlaßte, sich verständigungsbereit mit der Wirtschaft des Kontinents am Verhandlungstisch zusammenzufinden, um eine internationale Verständigung in der Kohlenkrise und Absatzfrage zu erzielen.

*

Über die Haltung der christlichen Gewerkschaften schreibt die „Germania", daß diese gleichfalls von der Tatsache ausgingen, daß Baldwins **Kohlensubventionen** für die deutsche Kohlenindustrie schwere Nachteile gehabt haben. Die Ausfuhr der englischen Kohlen habe sich bis ganz Deutschland ausbreiten können. An dieser Situation seien sowohl die englischen Bergwerksbesitzer als auch die Bergarbeiter beteiligt gewesen. Auch jetzt gingen alle englischen Maßnahmen darauf aus, die gegenwärtige Position der englischen Kohlenindustrie zu erhalten. Mit Hilfe des internationalen Bergarbeiterkongresses in Brüssel wollen die Engländer den Versuch machen, jede Schwierigkeit für sich dadurch aus dem Wege zu räumen, daß sie die anderen Bergarbeiter mit internationalen Ideengängen binden. Der deutsche Bergarbeiter wird sich jedoch nicht für **fremde Interessen** benutzen lassen.

Reichswehr und vaterländische Verbände. Wie mehrere Blätter erfahren, ist seitens des Reichswehrministeriums eine Untersuchung darüber eingeleitet worden, welche Offiziere der Reichswehr an der von den vaterländischen Verbänden unter Beteiligung des Sportvereins Olympia in **Berlin** veranstalteten Maifeier teilgenommen haben, an der sich auch Prinz **Eitel Friedrich** beteiligt hatte. Vom Reichswehrministerium war ein besonderes Verbot zur Teilnahme an dieser Zusammenkunft ergangen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deutscher Reichstag

WTB. **Berlin,** 4. Mai.

Präsident **Loebe** widmet dem in München verstorbenen deutschen Gesandten in Wien, Dr. **Pfeiffer,** einen Nachruf, der von den Abgeordneten stehend angehört wird.

Die deutsch-dänischen Vereinbarungen über Zollerleichterungen für dänische Erzeugnisse und über die Behandlung deutscher Handlungsreisender in Dänemark, die dann zur Beratung standen, werden dem Auswärtigen und dem Handelspolitischen Ausschuß überwiesen.

Abg. **Silberschmidt** (S.) erstattet **darauf den mündlichen Bericht** des Ausschusses **für Wohnungswesen über den demokratischen Antrag auf**

Vorlegung eines Bodenreformgesetzes.

Der Ausschuß hat den Antrag in der Fassung angenommen, daß die Regierung ersucht wird, alsbald ein **Wohnheimstättengesetz im Sinne des Entwurfes** und des ständigen Beirates für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium vorzulegen. In einer einstimmig vom Ausschuß angenommenen Entschließung wird die Regierung weiter ersucht, einen **umfangreichen Wohnungsbauplan** auszuarbeiten und dabei Vorschläge vorzulegen, durch die der erforderliche Boden zu annehmbaren Preisen sichergestellt wird. Bei der Beseitigung der Wohnungsnot sind weitgehend die Gedanken der Wohnungsreform zu verwirklichen.

Abg. Dr. **Steiniger** (DN.) stimmt der Entschließung des Ausschusses zu, wendet sich aber gegen den Ausschußantrag, weil ihm der Entwurf des ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium undurchführbar erscheint. Die gegen die Bodenspekulation gerichteten Bestimmungen dieses Entwurfes würden aber auch sehr bedenkliche Nebenwirkungen haben. Die Erfahrungen mit dem alten Heimstättengesetz seien nicht ermutigend für ein neues reichsgesetzliches Vorgehen dieser Art.

Abg. **Rönneburg** (D.) äußert sein Befremden über die Haltung der Deutschnationalen. Den Führer der deutschen Bodenreformer, Dr. Adolf Damaschke, hätten zu seinem 60. Geburtstag auch die Deutschnationalen beglückwünscht. Jetzt aber lehnten sie diesen Entwurf ab, der Damaschkes Werk sei.

Abg. Dr. **Bredt** (Wirtsch. Vergg.) bekämpft den Ausschuß und den Entwurf des „Ständigen Beirates". Das jetzt von den Bodenreformern progagierte Heimstättengesetz sei praktisch gar nicht zu verwirklichen. Die Fläche Berlin würde dazu gar nicht ausreichen. Die erstrebte möglichst enge Verbindung zwischen Wohn- und Arbeitsstätte wäre unmöglich und das Wohnen würde für die breiten Massen viel zu teuer werden.

Abg. **Seiffert** (Völk.) begrüßt die Ausschußentschließung. Ein gesetzgeberisches Vorgehen müsse vor allem verhindern, daß die in der Inflationszeit von Ausländern für ein Butterbrot erworbenen Grundstücke bodenwucherisch ausgenutzt werden. Der vom Ausschuß angenommene Entwurf müsse so erweitert werden, daß man gegen diejenigen Grundstücksbesitzer vorgehen kann, die die Wohnhäuser rücksichtslos verwahrlosen lassen. Solche Grundstücke müßten enteignet werden.

Abg. **Beitnien** (DVP.) weist darauf hin, daß der Ausschußbeschluß nur dadurch zustande gekommen sei, daß zwei Gegner des Entwurfs bei der Abstimmung gefehlt hätten. Der vom Ausschuß empfohlene Entwurf müsse grundsätzlich abgelehnt werden, weil er das System der Zwangswirtschaft in verschärfter Form wieder einführen will.

Abg. **Pütz** (K.) stimmte kurz dem Ausschußbeschluß zu.

Abg. **Tremmel** (Z.) tritt für den Beschluß des Ausschusses ein. Die Tatsache, daß früher die notwendigsten Maßnahmen auf dem Gebiete des Boden- und Wohnungswesen veralten zu belassen. Die vollkommen freie Wohnungswirtschaft würde zur Verdreifachung der Wohnungsmiete führen; das wäre nur durchführbar, wenn die Arbeiterlöhne entsprechend erhöht würden.

Abg. **Schirmer-Franken** (B. Vp.) **erklärte sich für den** Ausschußbeschluß.

Hierauf vertagte das **Plenum** die Abstimmung auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr. Kleinere Vorlagen. Schluß 6 Uhr.

Aufwertung und Fürstenabfindung

Der Gesetzentwurf der Reichsregierung, der einen Volksentscheid in der Frage der Aufwertung verhindern will, ist jetzt von den zuständigen Ausschüssen des **Reichsrates** behandelt und **fast einstimmig angenommen** worden. Er steht bereits auf der Tagesordnung der Vollsitzung des Reichsrates am morgigen Donnerstag.

Der Regierungsentwurf zur Frage der **Fürstenabfindung** macht noch längere Verhandlungen in den Ausschüssen des **Reichsrates** notwendig. Er kann daher in der nächsten Sitzung des Reichsrates noch nicht erledigt werden, sondern wird erst in der Sitzung des **Reichsrates** vom 11. Mai zur Abstimmung kommen.

Zentrum und Börsenumsatzsteuer

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat der „Germania" zufolge beschlossen, im Reichstag einen Antrag einzubringen, den § 62 des Kapitalverkehrssteuergesetzes aufzuheben. Veranlassung zu diesem Antrage ist die **Verordnung des Reichsfinanzministers,** durch welche die Börsenumsatzsteuer aufgehoben wird. Die Fraktion tritt für die Aufhebung des Paragraphen ein, der in der Erwartung geschaffen wurde, daß er die Banken zu einer Erleichterung des Geldverkehrs bestimmen werde. Diese Erwartung ist aber nicht eingetroffen. Wie das Blatt schreibt, kann der Antrag auf eine Mehrheit im Reichstag rechnen. Wie das Blatt weiter hört, wollen die Sozialdemokraten in einem Antrag die **Aufhebung der Verordnung** des Reichsfinanzministers verlangen.

Prinz Victor Napoleon †. In **Brüssel** ist Prinz Victor Napoleon im Alter von 64 Jahren gestorben. In kurzem Abstand folgte er im Tode seinem Konkurrenten, dem Thronprätendenten von der Orleans-Linie, der sich ebenfalls Brüssel als Exil ausgesucht hatte. Prinz Victor Napoleon ist ein Enkel des Königs Jérôme von Westfalen. Seit 1886 war er als Thronkandidat der Bonapartisten aus Frankreich ausgewiesen. 1910 hatte er sich mit der Prinzessin Clémentine, der jüngeren Tochter des Königs Leopold II., verheiratet. Sein Sohn Prinz Napoleon Louis, der am 23. Januar 1914 geboren ist, wird nunmehr das „legitime" Oberhaupt der Bonapartisten.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion. Laut „Germania" wurden von der Zentrumsfraktion des Reichstages zu Mitgliedern des Vorstandes der Fraktion folgende Mitglieder gewählt: **Bell, Esser, Giesberts, Herold, Joos, Klöckner** und **Ulitzka.**

Herbstmanöver der Reichswehr. Einer Korrespondenz zufolge werden in diesem Jahre zum erstenmal nach der Aufstellung der Reichswehr während der Herbstmanöver einzelne Divisionen gegeneinander üben.

Gegenseitige Aufhebung des Sichtvermerks zwischen Deutschland und Dänemark. Zwischen der deutschen und der dänischen Regierung ist die gegenseitige Aufhebung des Sichtvermerks mit Wirkung vom 20. Mai 1926 vereinbart worden.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Haushaltsausschuß des badischen Landtages setzte am Dienstag

die Beratung des Staatsvoranschlages

beim Ministerium des Innern fort.

Von einer Seite wurde Klage geführt, daß sich der Beginn der staatlichen **Bauarbeiten in Freiburg** verzögere. — Minister **Remmele** bemerkte, daß er die Angelegenheit an zuständiger Stelle zur Sprache bringen werde.

Durch ein neues reichsgerichtliches Urteil wurde das **badische Jagdpachtgesetz** für ungültig erklärt. Dies gab einem Abgeordneten Anlaß, die Frage aufzuwerfen, ob den Gemeinden, die sich in den Prozessen mit den Pächtern auf dieses Gesetz berufen hätten, die Kosten zu erstatten seien.

Die **Anforderung** von 300 000 M. für den **Umbau und Neubau in Kislau** (Arbeitshaus) konnte auf Grund einer nochmaligen Prüfung auf die Summe von 170 000 M. herabgesetzt werden. Man glaubt, auf den Neubau der Waschküche und Bäckerei verzichten zu können.

Für das **Amtshaus Schopfheim** waren vor zwei Monaten als Um- und Neubaukosten 152 000 M. errechnet worden. Da inzwischen die Baukosten zurückgegangen sind, wird sich auch hier ein Abstrich ermöglichen lassen. Die endgültige Festsetzung der für die staatlichen Bauten überhaupt angeforderten Summen wurde im Hinblick auf die veränderte Preisbildung an das Ende der Voranschlagsberatungen zurückgestellt.

Der Ausschuß genehmigte ferner die Positionen für

die soziale Versicherung und Wohlfahrtspflege,

wobei bezüglich der Letzteren auf eine gewisse **Rechtsunsicherheit** hingewiesen wurde. — Nach Mitteilung eines Regierungsvertreters werde Klarheit geschaffen werden müssen, entweder durch das kommende Wohlfahrtspflegegesetz oder mit Hilfe eines Sondergesetzes. Man unterhielt sich bei dieser Gelegenheit auch über die Frage, wer in Baden endgültiger **Träger des Fürsorgewesens** werden solle.

Der **Minister** teilte mit, daß man einen entsprechenden Gesetzentwurf vorbereite. Nach seiner Meinung dränge die Entwickelung darauf, alles **in den Fürsorgeverbänden** zu konzentrieren. Im übrigen vertrat der Minister grundsätzlich den Standpunkt, daß die Staatszuschüsse an die Bezirksfürsorgeverbände nach und nach abzubauen und die Kostentragung allmählich denjenigen Körperschaften ausschließlich zu überlassen sei, die gesetzlich dazu verpflichtet wären. Bis zur Konsolidierung der Bezirksfürsorgeverbände wolle man indessen noch einen kleineren Betrag als Zuschuß beibehalten. — Der Minister gab sodann Auskunft über den Grad der **Belastung durch die Fürsorgeaufgaben.** In den ländlichen Bezirksverbänden schwankt die Belastung unter einzelnen Verbänden bei 100 M. Steuerwert zwischen 1 und 6,3 Pfg. und bei den Städten zwischen 8 und 27 Pfg. Auf den Kopf der Bevölkerung der einzelnen Verbänden schwankt die Jahresbelastung in den ländlichen Bezirken zwischen 35 Pfg. und 1,50 M., während sie in den Städten bis zu 13,80 M. steigt. — Für Landeshilfsbedürftige, d. s. solche, die einen gewöhnlichen Aufenthalt nicht haben, sind im Staatsvoranschlag erstmals 142 500 M. vorgesehen.

Im weiteren Verlaufe der Aussprache wurde auf den hohen Wert der Mithilfe **privater Organisationen** auf dem Gebiete der Fürsorgetätigkeit abgehoben, wobei der **Minister** gegenüber dem kommunistischen Sprecher besonders die Position für den badischen [illegible] auf Grund alter Abmachungen verteidigte.

Der Medizinalreferent gab Aufschluß über den **Stand der Tuberkulose in Baden.** Im Jahre 1914 verzeichnete man noch rund 4000 Sterbefälle an Tuberkulose, im Jahre 1925 erfreulicherweise nur noch 2700, also eine **Abnahme um 25 Proz.** Dieses Ergebnis ist umso bemerkenswerter, als die Ansteckungsgefahr in der Not des Krieges und der Nachkriegszeit (Unterernährung und Wohnungsnot) sich zweifellos gesteigert hat. Die Tuberkulosefürsorge hat also außerordentlich segensreich gewirkt. Die Sterblichkeit in den Bezirken der **Tabakindustrie** sei zwar hoch, aber nicht mit der Industrie an sich in Zusammenhang zu bringen. Die Gründe liegen vielmehr in der niederen Lebenshaltung, zu der die Tabakarbeiter wegen der geringen Wirtschaftlichkeit dieser Industrie verurteilt seien.

In der am Nachmittag fortgesetzten Beratung wurde die Abstimmung über einen sozialdem. Antrag auf Erhöhung der Position für **Säuglings- und Kleinkinderfürsorge** von 10 000 auf 20 000 M. ausgesetzt. Man will zunächst die Stellungnahme des Staatsministeriums abwarten und sich endgültig erst schlüssig werden, sobald der Etat im ganzen überblickt werden kann. In gleicher Weise will man auch bezüglich aller noch etwa kommenden Anträge auf Erhöhung von Ausgabepositionen verfahren. So sind u. a. Wünsche auf Erhöhung des Zuschusses für die **Krüppelfürsorge** laut geworden. — Die **Beratungsstellen für Geschlechtskranke** sollen vermehrt werden. Man verzeichnet einen **Rückgang der Syphilis.** — Genehmigt wurden ferner die Anforderungen zugunsten der gemeinnützigen Anstalten, zur Förderung der sozialen Hygiene usw., wobei man in anerkennender Weise u. a. auch der Leistungen des St. Josefshauses in Herten und der Bahnhofsmissionen gedachte.

Bei Titel

Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen

rechtfertigte der **Minister** das behördliche Vorgehen gegen die **Gemeinschaft der „Freunde",** die nunmehr ihre Satzungen geändert habe, womit aber auch die weitgehenden Versprechungen nicht mehr möglich seien. **Auch** in Lörrach **habe man** einschreiten müssen. Ein volksparteilicher Redner hat errechnet, daß es im Durchschnitt 36 Jahre dauere, bis ein „Freund" zu einem Hause komme.

Ohne Debatte passierten die Budgettitel **Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht.**

Beim **Landesamt für Arbeitsvermittlung teilte der Minister** mit, daß Bestrebungen vorhanden waren, aus den für die produktive Erwerbslosenfürsorge ausgeworfenen **Reichs-** und Landesmitteln unberechtigte Vorteile zu ziehen. Seit die strafrechtliche Verfolgung eingesetzt habe, höre es damit auf. Aus den Kreisen der **Kriegsbeschädigten** wurden Klagen darüber laut, daß manche Banken und Industrielle in rigoroser Weise abbauen. Mehrere Abgeordnete verlangten eine Klarstellung der verschiedenen Fälle und Abhilfemaßnahmen. — Der Minister erklärte, daß der größte Teil des Unternehmertums den gesetzlichen Bestimmungen zugunsten der Kriegsbeschädigten genüge, ein kleinerer Teil versäume allerdings hartnäckig seine Pflicht.

Aus der Mitte des Ausschusses wurde bedauert, daß von den 80 000 Erwerbslosen bis jetzt nur 7000 produktiv beschäftigt seien. Die Ausführung mancher Arbeiten draußen im Lande würde durch bürokratische und verwaltungstechnische Schwierigkeiten gehemmt. — Neben dem Haushaltsausschuß werden sich zwischendurch auch die einzelnen Fraktionen mit dem Voranschlag befassen.

Warnung der Finanzverwaltung vor Schwindlern

In letzter Zeit tauchen wieder in Baden, besonders auf dem Lande, Leute auf, die bei Kaufleuten, Handwerkern oder Landwirten erscheinen und angeben, sie seien **Beamte der Finanzverwaltung** und hätten den Auftrag, die Geschäftsbücher und die Kasse nachzuprüfen oder eine Betreibung wegen rückständiger Steuern vorzunehmen. Diesen Leuten ist es nur darum zu tun, **auf unredliche Weise Geld zu bekommen.** Die Bevölkerung wird eindringlichst vor solchen Schwindlern gewarnt. Jeder Finanzbeamte, mag er Buchführungs- oder Vollstreckungsbeamter sein, muß einen **schriftlichen Ausweis** stets bei sich führen und hat ihn auf Verlangen vor Ausführung einer Diensthandlung vorzuzeigen. Jedermann sollte deshalb, wenn ein solch angeblicher Finanzbeamter bei ihm erscheint und sich nicht ausweisen kann, sich den Mann genau ansehen und den Polizeidiener oder die nächste Gendarmeriestation sofort verständigen, damit die Personalien nachgeprüft und derartige Schwindler zur Bestrafung gebracht werden können.

Reichsbahntarife und Rheinschiffahrtsverkehr

Die Reichsbahndirektion schreibt uns:

In letzter Zeit gingen mehrfach aus Industrie- und Handelskreisen stammende Ausführungen über die Ursache der Krise im Rheinschiffahrts- und Rheinhafenverkehr durch die badische Fach- und Tagespresse, in denen die Meinung zum Ausdruck kam, daß die gegenwärtige Tarifpolitik der Reichsbahn einen bis zum fast völligen Stillstand gehenden Rückgang des Verkehrs auf dem Rhein und in den badischen Binnenhäfen verschuldet habe.

Demgegenüber nimmt die Reichsbahndirektion Karlsruhe zunächst für sich in Anspruch, die berechtigten und begründeten Tarifbelange des Rheins und der badischen Häfen stets nach besten Kräften vertreten zu haben, wie sie auch weiter bestrebt sein wird, den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes Baden soweit gerecht zu werden, als es die schwierige Finanzlage der Reichsbahn gestattet.

Bei der häufig erörterten und in der Rheinverkehrspolitik im Vordergrund stehenden Frage der Einfühung allgemeiner Wasserumschlagstarife muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Oberrheinhäfen von Ludwigshafen/Mannheim (einschließlich) an aufwärts im Jahre 1913 einen Gesamtverkehr von 15 173 000 Tonnen, im Jahre 1925 einen solchen von 14 587 000 Tonnen aufweisen. Das stellt einen Rückgang des Oberrheinverkehrs gegenüber dem Vorkriegsjahr von nur 3,7 v. H. dar, während die Reichsbahn selbst im Jahre 1925 gegenüber 1913 einen allgemeinen Güterverkehrsrückgang von über 30 v. H. — also das Zehnfache des Verlustes der Oberrheinschiffahrt — erfahren mußte. Daß Mannheim im Umschlagverkehr allerdings stärker eingebüßt hat, als dem durchschnittlichen Verkehrsrückgang des Rheinverkehrs entspricht, erklärt sich ganz natürlich aus der technischen Entwicklung, denn die Schiffahrt drängt seit 1913 mit verbesserten Betriebsmitteln stärker nach den südlichsten Häfen hin, wobei aber nicht etwa Straßburg den Zuwachs auf sich ziehen konnte.

Es dürfte daher seitens der Wirtschaftskreise doch angebracht sein, bei Beurteilung der Tarifpolitik der Reichsbahn sich diese Zahlen zu vergegenwärtigen, um nicht zu solch falschen Schlüssen zu gelangen, wie es hin und wieder geschieht.

Milchpreis und Eisenbahnfracht

Von der Reichsbahndirektion Karlsruhe wird uns geschrieben:

In einem auf der „milchwirtschaftlichen Tagung" am 23. und 24. April in Mannheim gehaltenen Vortrage ist aus der Behauptung, die nach Mannheim laufenden Milchkurswagen seien hinsichtlich der beförderten Milchmenge sehr viel günstiger ausgenützt als z. B. die Berlin versorgenden Wagen, die Folgerung gezogen, die Eisenbahn hätte hiernach alle Veranlassung, den Milchbezugstellen einen günstigeren Frachtentarif einzuräumen; die derzeitige Tarifpolitik der Reichsbahn kenne besondere Erleichterungen in den Frachtsätzen für eine gründliche Ausnützung der Wagen leider noch nicht. Durch diese, auch in die Tageszeitungen übergegangene Kritik wird der Anschein erweckt, als ob die Eisenbahn für die Beförderung der Milch die normalen Frachten erhebe oder einen Frachtvorteil versage, den man billigerweise auf Grund einer besonderen Leistung beanspruchen könne.

Man verlangt also hier von der Eisenbahn, daß sie ein unter ihren eigenen Selbstkosten in besonderen Kurswagen befördertes Gut frachtlich noch **weiter** begünstige, wenn diese Wagen ihren Zweck erfüllen und in wirtschaftlicher Weise ausgenutzt werden. Da in dem Vortrage auch von den „nicht unerheblichen Transportkosten" gesprochen wurde, sei durch nachstehende Frachtvergleichung Aufklärung gegeben, daß an der Verteuerung der Milch jedenfalls die Eisenbahnfrachten nicht schuld sind.

Entfernung	Fracht 1914		Fracht 1926	
	f. 100 kg	auf 1 Nettoliter	f. 100 kg	auf 1 Nettoliter
50 km	75 Pf.	1,0 Pf.	35 Pf.	0,5 Pf.
100 km	125 Pf.	1,6 Pf.	61 Pf.	0,8 Pf.
150 km	175 Pf.	2,3 Pf.	86 Pf.	1,2 Pf.
200 km	225 Pf.	3,0 Pf.	112 Pf.	1,6 Pf.
250 km	270 Pf.	3,6 Pf.	135 Pf.	2,0 Pf.
300 km	315 Pf.	4,2 Pf.	158 Pf.	2,2 Pf.

Während also die Reichsbahn die Milchfrachten gegen die Vorkriegszeiten um die Hälfte **herabgesetzt** hat, ist der Verbraucherpreis von etwa 20 Pf. (Friedenspreis) für 1 Liter auf nahezu das Doppelte **gestiegen** und beträgt in Mannheim heute noch 33 Pf., das sind 65 Proz. **mehr** als vor dem Kriege. Der Unterschied zwischen Erzeugerpreis und Verbraucherpreis, der Anfang 1914 etwa 7—8 Pf. ausmachte, beträgt heute 13—15 Pf. für 1 Liter, der Anteil der **Eisenbahnfracht** an dieser Unkostenspanne für die von der Mannheimer Milchzentrale errechnete Durchschnittsentfernung von 163 Kilometer unter Einschluß der Überfuhr- und Stellgebühr etwa 1½ Pf. für 1 Liter.

Neben dieser außerordentlich ermäßigten Fracht, die **noch nicht einmal** die Betriebskosten für die Beförderung der toten Wagenlast, geschweige denn die Selbstkosten der Eisenbahn deckt, gewährt die Reichsbahn nach den Bestimmungen des Ausnahmetarifs 25 noch die **frachtfreie Beförderung** des Eises bis zu 5 Prozent des Fassungsgehaltes der Gefäße, **frachtfreie** Rückbeförderung der leeren Milchgefäße und monatliche Stundung sämtlicher Milchfrachten.

Es besteht nach den bisherigen Erfahrungen **kein Zweifel,** daß bislang Frachtermäßigungen für Lebensmittel die Preisbildung in keiner Weise beeinflußt haben, was durch die obige Frachtgegenüberstellung aufs neue bewiesen wird. Die Unterstellung, die Eisenbahntarife würden den Bedürfnissen der Milchversorgung nicht genügend Rechnung tragen, muß zurückgewiesen werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Auch die Forderung nach Beschleunigung der Milchtransporte ist abwegig: trotz der geringen, nur einen Bruchteil der gewöhnlichen Stückgutfracht betragenden Milchfrachten wird die Milch **eilgutmäßig**, d. h. mit Personen- und Eilgüterzügen befördert.

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe

P.A. Mit der besseren Jahreszeit mußte sich in Baden der Arbeitsmarkt im Baugewerbe den Vormonaten gegenüber selbstredend in etwa beleben. So sank beispielsweise die Gesamtzahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen des Landes Baden gemeldeten Bau-Facharbeitern von 6120 am 15. Februar auf 4826 am 15. März und auf 3671 am 15. April, während parallel damit eine Zunahme der offenen Stellen von 19 am 15. Februar auf 38 am 15. März und 87 am 15. April zu beobachten war. Trotz dieser Tatsache und obwohl das Baugewerbe eines derjenigen Gewerbe ist, das als sogenannter „Außenberuf" einen **verhältnismäßig** wesentlichen Anteil an der (an sich allerdings äußerst schwachen) Besserung des Gesamt-Arbeitsmarktes hat, kann diese Entwicklung keineswegs befriedigen. Vielmehr ist, unbeschadet der günstigen Witterungsverhältnisse dieses Frühjahrs, eine in der Geldknappheit begründete sehr starke Zurückhaltung in der Inangriffnahme von Neubauten festzustellen.

Wie ungünstig die Lage tatsächlich ist, wird am besten durch eine zahlenmäßige Gegenüberstellung veranschaulicht, wie sie sich auf Grund der Meldungen der öffentlichen Arbeitsnachweise des Landes ergibt.

Es kamen am 15. April 1926 auf

Beruf	Stellensuchende	offene Stellen	1 offene Stelle demnach Stellensuchende
Maurer	1916	8	239,5
Gipser	277	9	30,8
Zimmerleute	650	1	650,0
Maler	485	60	8,1
Glaser	138	2	69,0
Dachdecker	32	2	16,0
Sonstige Facharbeiter	173	5	34,6
insgesamt	3671	87	42,2

Das **Gesamtbild** ist demnach, wie die letzte Verhältnisziffer beweist, durchaus düster. Im übrigen löst es sich im einzelnen in außerordentlich verschiedenartige Teilbilder auf, angefangen von dem äußerst schlecht beschäftigten Berufszweig der Zimmerer bis zu den Malern, bei denen das Verhältnis von Angebot und Nachfrage relativ befriedigt. In einigen Arbeitsnachweisbezirken des Oberlandes (Konstanz, Lörrach) überstieg im Malerberuf die Kräftenachfrage das Angebot sogar. Auch im **ganzen** betrachtet zeigt der oberbadische Bauarbeitsmarkt immer noch eine günstigere Entwicklung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage als der unterbadische.

Trotzdem befriedigt auch in den Grenzbezirken die Gestaltung nicht. Der Platz **Basel** beispielsweise, der sonst immer starken Facharbeiterbedarf aufzuweisen hatte, ist dieses Frühjahr nur in geringem Maße aufnahmefähig, es kam dort zur Entlassung größerer Arbeitertrupps (vorwiegend norddeutsche Maurer).

Stellt sich somit die gegenwärtige Gesamtlage als verhältnismäßig recht ungünstig dar, so kann auch einstweilen mit einer wesentlichen Besserung für die nähere Zukunft im allgemeinen kaum gerechnet werden.

Der flaue Geschäftsgang auf dem Bau-Arbeitsmarkt wirkt sich naturgemäß auch auf seinem **Lehrstellenmarkt** aus. Vielfach wird angesichts der ungünstigen Verhältnisse von der Einstellung von Lehrlingen abgesehen. Besonders schwierig ist die Auffindung von Lehrstellen mit Kost und Wohnung. Neuerdings wird übrigens teilweise eine verstärkte Nachfrage nach Lehrstellen des Baugewerbes aus den Kreisen älterer Jugendlicher festgestellt. Nach den Beobachtungen des Arbeitsamts Heidelberg handelt es sich hierbei meist um junge Leute vom Lande im Alter von 18 bis 23 Jahren, die bisher keinen Beruf erlernt hatten.

Wenngleich nun die derzeitige Lage des Lehrstellenmarkts unter dem Gesichtspunkt eines in späteren Jahren noch stark fühlbar werdenden Baufacharbeitermangels im ganzen keineswegs befriedigt, konnte immerhin für den Mannheimer Arbeitsnachweisbezirk eine günstigere Gestaltung der Entwicklung für dieses Jahr, den Vorjahren gegenüber, beobachtet werden. Insbesondere vermochte dort das Malerhandwerk eine größere Anzahl von Lehrlingen anzuziehen. Für den **Malerberuf** wurde dieselbe Beobachtung im übrigen auch anderwärts gemacht.

Landesfeuerwehrunterstützungskasse

P.A. Der letzte Geschäftsbericht der Landesfeuerwehrunterstützungskasse wurde für das Jahr 1921 erstattet. Für die Inflationsjahre 1922 und 1923 war bei den damaligen Währungsverhältnissen die Herausgabe von Geschäftsberichten untunlich. Da nunmehr wieder stabile Verhältnisse eingetreten sind, soll der Geschäftsbericht wieder jährlich herausgegeben werden. Nach dem soeben erschienenen Geschäftsbericht für die Jahre 1924 und 1925, der in den Anlagen 3 und 4 die Gemeinden und Feuerwehren verzeichnet, die in den Inflationsjahren 1922 und 1923 Beihilfen zur Beschaffung von Löschgeräten und Ausrüstungsstücken erhielten, hat die Landesfeuerwehrunterstützungskasse folgende Aufwendungen gemacht:

1. Unterstützungen an verunglückte Feuerwehrmänner und Mitglieder von Löschmannschaften, sowie an Hinterbliebene von solchen Personen und zwar:
   a) für wiederkehrende Unterstützungen:
      in 41 Fällen im Jahre 1924: 12 898 RM. 77 Pf.
      in 48 Fällen im Jahre 1925: 16 466 RM. 12 Pf.
   b) für einmalige Unterstützungen:
      in 85 Fällen im Jahre 1924: 7 702 RM. 55 Pf.
      in 183 Fällen im Jahre 1925: 15 627 RM. 90 Pf.
2. Beihilfen an Gemeinden und Feuerwehren zur Anschaffung von Löschgeräten und Ausrüstungsgegenständen und zwar:
   a) an 75 Gemeinden im Jahre 1924: 167 365 RM.
   b) an 212 Gemeinden im Jahre 1925: 340 170 RM.
   c) an 25 Feuerwehren im Jahre 1924: 17 965 RM.
   d) an 55 Feuerwehren im Jahre 1925: 46 422 RM.

Für geleistete Überlandhilfe durch Automobil- und Motorspritzen wurden aufgewendet im Jahre 1924: 985 RM., im Jahre 1925: 2860 RM.

Der Aufwand für die Besichtigung der Feuerlöscheinrichtungen durch die für die einzelnen Bezirke bestellten Feuerlöschinspektoren betrug im Jahre 1924: 1 145,33 RM., im Jahre 1925: 2 675,45 RM.

Die Mittel zur Bestreitung dieser Aufwendungen wurden der Landesfeuerwehrunterstützungskasse vom Ministerium des Innern aus den von der Gebäudeversicherungsanstalt und den in Baden zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Feuerversicherungsunternehmungen für gemeinnützige Zwecke geleisteten Abgaben zur Verfügung gestellt.

Nr. 14 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen: des Finanzministers: Vollzug des Besoldungsgesetzes; des Minister des Innern: Vollzug des Viehversicherungsgesetzes.

Einzelhandels-Ausschuß des Badischen Industrie- und Handelstags

Der Einzelhandelsausschuß des Badischen Industrie- und Handelstags tagte kürzlich in Baden-Baden. An Stelle des erkrankten Vorsitzenden, Handelskammerpräsident Gradmann-Konstanz, leitete Vizepräsident Michael **Rothschild**-Mannheim die Sitzung. In seinen einleitenden Worten charakterisierte der Vorsitzende die gegenwärtige **Lage des Einzelhandels**, als ein Spiegelbild der Notlage, die während der Inflation durch die Verknappung der Waren bedingt wurde. Die Schwierigkeiten der Gegenwart sind auf die Verknappung der Geldes und den großen Umfang der Arbeitslosigkeit zurückzuführen.

Ein Bericht von Syndikus **Braun**-Konstanz leitete eine ausführliche Aussprache über das **Rabattwesen** ein. Die badischen Einzelhändler sollen davor gewarnt werden, sich irgend welchen privaten Rabattunternehmen anzuschließen, da es sich bei diesen mehr um den eigenen Verdienst, als um die einheitliche Organisation des Konsumentenrabattes handelt. Der Rabattfrage gegenüber ist bedingungslose Geschlossenheit und Einheitlichkeit des ganzen badischen Einzelhandels absolut geboten. Die gleiche Aufmerksamkeit ist dem **Zugabewesen** zuzuwenden. Die Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstags, daß die marktschreierischen Ankündigungen von Zugaben und ihre Gewährung nur in Verbindung mit einer bestimmten Einkaufssumme als unlauter anzusehen sind, fand allgemeine Zustimmung. Auch das **Ausverkaufswesen**, worüber Dr. **Kaiser**-Freiburg berichtete, soll eine möglichst einheitliche Regelung erfahren. Um den besonders in letzter Zeit beobachteten Mißständen begegnen zu können, sollen die Befugnisse der Handelskammern dahin erweitert werden, daß den Handelskammern vollständig die Überwachung, Prüfung und Genehmigung der Ausverkäufe übertragen wird. Ein von dem Referent vorgelegter und auf die Mannheimer Ausverkaufsordnung aufgebauter Entwurf soll sobald als möglich so ergänzt werden, daß er sich zu einer Verordnung eignet, die den besonderen Verhältnissen im ganzen badischen Land Rechnung trägt.

Dr. **Jordan**-Villingen stellte in seinem Bericht über die **Einkaufszentralisierung des behördlichen Bedarfes** die Forderung auf, daß staatliche und städtische Behörden beim Einkauf ihres Bedarfes bei gleichen Leistungen in erster Linie den Platzhandel berücksichtigen. Veranlassung zu Anständen liegt bis jetzt nicht vor. — Das Problem des **kaufmännischen** Nachwuchses behandelte Dr. **Krieger**-Mannheim. Um den Kaufmannsstand, zu dem sich heute jeder ohne Rücksicht auf Leistungen und Eignung bekennen darf, zu fördern, muß sich der Einzelhandel mit der Frage befassen, ob durch Eignungsprüfung bei Beginn und Abschlußprüfung bei Beendigung der Lehrzeit eine wünschenswerte Auslese erreicht werden kann. Der Ausschuß war sich darüber einig, daß diese Auslese bei dem Kaufmannsstand schwieriger als bei allen andern Berufen ist. Die Frage der Abschlußprüfung bei Beendigung der Lehrzeit soll möglichst durch Reichsgesetz geregelt werden. Besonders lebhafte Klage wurde über die Zunahme des **Hausierhandels** von den Vertretern der oberbadischen Kammern geäußert. Eine einheitliche und reichsgesetzliche Fassung der Bestimmungen über Wanderläger und Hausierhandel ist nicht mehr länger aufzuschieben. Vor der endgültigen Revision der Gewerbeordnung sollte die Frage der Wanderläger und des Hausierhandels durch eine besondere Novelle geregelt werden.

Der Ausschuß hatte sich dann noch zu befassen mit der **Erteilung der Konzession für Trinkbranntwein für Kleinhändler**, mit der **Offenhaltung der Ladengeschäfte**, mit allgemeinen **Steuerfragen** usw. Es wurde beschlossen, eine weitere Sitzung noch im Laufe des Jahres abzuhalten.

Badischer Pächterverband

In **Karlsruhe** fand die Gründung eines badischen Pächterverbandes statt, der sich mit den ähnlichen Organisationen in Württemberg und Bayern dem großen preußischen Domänenpächterverband angliedern wird. Der Einladung des Direktors Dr. **Müller**-Waghäusel war eine große Anzahl Pächter aus dem ganzen Lande gefolgt, welche nach Referaten des Einberufers und des Geschäftsführers der großen preußischen Organisation einstimmig beschlossen, daß auch für Baden eine gleichartige Einrichtung getroffen werde. In allen Diskussionsreden kam zum Ausdruck, daß diese neue Organisation nicht als Kampforganisation gegen die Verpächter gedacht ist, sondern sie anerkennt von vornherein, daß nur auf der Basis der Gleichberechtigung die gegenseitigen Interessen erfolgreich wahrgenommen werden können. Ein eingesetzter Arbeitsausschuß wird in allernächster Zeit in verschiedenen Landesstellen Werbeversammlungen abhalten, um so möglichst bald alle Pächter von geschlossenen Hofgütern bei der neuen Pächterorganisatino zu vereinigen.

Der Verband der Badischen Dentisten

hielt am 2. Mai in **Baden-Baden** seine 41. Generalversammlung ab. Der erste Vorsitzende Karl **Merk**-Achern begrüßte als Vertreter des Ministeriums Freiherrn v. **Reck** und als Vertreter der Stadt Baden-Baden Stadtrat Hupka. Besonderes Interesse fanden die Ausführungen des Geh. Rats v. **Reck**. Aus dem allgemeinen Jahresbericht, den **Merk**-Achern erstattete, ist zu entnehmen, daß auch dieses Jahr die Verbandsarbeit im Dienste der öffentlichen Gesundheitspflege große Anerkennung fand. Die durch den Verband Badischer Dentisten ins Leben gerufene Karlsruher Ausstellung zeigte in noch nie dagewesenem Umfange die Höhe dentistischer Kunst. Auch die Stadt Kehl will diese Werte in einer eigenen Ausstellung verwerten. Die Schulzahnpflege machte weitere Fortschritte durch eine Reihe weiterer Vorträge. Die selbstgeschaffenen Lichtbildervorträge und Aufklärungsschriften, die jedes Schulkind erhielt, bildeten eine wirksame Unterstützung zur Reichsgesundheitswoche. Der Mitgliederstand zeigt eine kleine Zunahme auf 502. **König**-Karlsruhe berichtete über die Tätigkeit der Krankenkassenkommission. Von der Krankenkasse wird der Zahnbehandlung immer größere Aufmerksamkeit gewidmet. Neuerdings gehen auch Ortskrankenkassen wie Lahr und früher schon Konstanz dazu über, die Schulzahnpflege mit Unterstützung der Gemeinden zu übernehmen. Zweifellos werden den Krankenkassen durch diese weitschauende Sozialpolitik für die später doch notwendig werdende Sanierung der Zähne große Kosten erspart. Rechtsanwalt Dr. **Lang**, Syndikus des Reichsverbandes Deutscher Dentisten, erstattete hierauf seinen Tätigkeitsbericht über die engere Tätigkeit innerhalb Badens und berührte insbesondere wirtschaftliche Fragen, u. a. die Berufshaftpflicht, durch die sämtliche Verbandsmitglieder sowohl im Interesse der Dentisten selbst, wie der Patienten versichert werden. — Dentist **König**-Karlsruhe wurde in besonderer Ehrung seiner großen Verdienste, namentlich hinsichtlich der Karlsruher Ausstellung, einstimmig zum Ehrenmitglied ernannt. Der nächste Verbandstag soll in Freiburg stattfinden.

Aus den Parteien

Die **badische Zentrumspartei**, die Landtagsfraktion und die am vergangenen Sonntag in Karlsruhe stattgefundene Hauptversammlung des Augustinusverein haben den Reichsjustizminister Dr. **Marx** zu seiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden der Reichstagsfraktion telegraphisch die herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen.

Der badische Postscheckverkehr

Die Zahl der Postscheckkunden ist in Baden im Monat April um 39 auf 42 446 gestiegen. Auf den Konten sind im April 1926 ausgeführt rund 1 125 000 Gutschriften über rund 195,8 Millionen RM., rund 773 000 Lastschriften über rund 195,2 Mill. RM. Die rund 1,8 Mill. Buchungen erstreckten sich über einen Betrag von rund 391,16 Mill. Davon sind bargeldlos beglichen worden rund 314,85 Mill. RM. Das durchschnittliche tägliche Gesamtguthaben betrug 22 960 000 Mark.

Gemeinde-Rundschau

Voranschlag der Stadt Karlsruhe. Der Voranschlag für 1926 wurde vom Stadtrat festgestellt und dem Bürgerausschuß zur Zustimmung unterbreitet. Der ungedeckte Aufwand beträgt wie im Vorjahre 3 735 200 Mark. Zu seinem Ausgleich wird bis zur Vorlage eines endgültigen Gemeindesteuerregisters nach § 12 Absatz 2 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes eine Vorauszahlung auf die Grund- und Gewerbesteuer in Höhe von 58 Pfg. von je 100 Mark Steuerwert — also in Höhe der vorjährigen — erhoben.

Nachklang zum Prozeß Reitze. In der Stadtratssitzung zu Durlach wurde die Entscheidung des Justizministers über die Beschwerde des Stadtrats wegen der die Stadt Durlach betr. Ausführungen des Oberstaatsanwalts Mehl anläßlich des Prozesses über den Zusammenstoß bei der Reichspräsidentenwahl (Prozeß Reitze) bekanntgegeben. Danach erklärte der Oberstaatsanwalt, daß es ihm ferngelegen habe, die gesamte Bevölkerung von Durlach irgendwie zu kränken oder herabzusetzen. Die vom Stadtrat in dieser Angelegenheit gestellten weiteren Anträge sind vom Justizminister abgelehnt worden.

Stadtrat Baden-Baden. Das **Gaswerk**, das vor etwa 30 Jahren für eine Tagesleistung von 10 000 Kbm. erweitert wurde, ist dem ständig wachsenden Gasverbrauch nicht mehr gewachsen. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses hat daher der Stadtrat beschlossen, die Betriebswerke an der Waldseestraße mit einem Aufwand von rund 600 000 Mark bei einer Verwendungsfrist von drei Jahren für 25 000 Kbm. Tagesleistung zu erweitern. Der Stadtrat nahm ferner von den Gründen Kenntnis, welche den Kurausschuß zu dem einmütigen Beschluß erwogen haben, für die Leitung der **Städt. Schauspiele** auf die Dauer eines Jahres eine Stellvertretung einzurichten und den Oberspielleiter des Stadttheaters Danzig, Dr. Hermann **Grüßendorf**, mit dieser Stellvertretung zu betrauen. (In der Bürgerschaft wird vielfach gegen diesen Beschluß protestiert.)

Bodensee-Städtebundtheater. Der Bürgerausschuß der Stadt Konstanz hat beschlossen, dem Stadttheater (Bodensee-Städtebundtheater) für die Spielzeit 1926/27 einen Betriebszuschuß von 30 000 M. zu gewähren. Dies bedeutet gegenüber der laufenden Spielzeit eine Verdoppelung des reinen Betriebszuschusses, den die Stadt Konstanz neben ihren anderen Leistungen für das Stadttheater gibt. Bereits vor einigen Wochen hatte der Stadtrat beschlossen, mit den Direktoren des Stadttheaters, Regierungsrat Hermann L. Mayer und Friedrich Beug, die seit September 1925 das Stadttheater leiten, einen dreijährigen Vertrag abzuschließen.

Bürgermeisterwahl. Mit 104 gegen 34 Stimmen wurde in **Rickenbach** (Amt Säckingen) der Bäckermeister Eduard **Frommherz** zum Bürgermeister gewählt.

Aus der Landeshauptstadt

Prähistorische Funde bei Grötzingen. Bei Grabarbeiten bei Verlegung eines Feldweges bei Berghausen am Ortsausgang gegen Grötzingen wurden vor 10 Tagen Reste zweier menschlicher Skelette im Löß gefunden. Die von Oberregierungsrat **Nebellauf** bei der Kulturinspetion Karlsruhe benachrichtigte **Landessammlung für Naturkunde** hat durch den Dr. **Frentzen**, Kustos an der Geologischen Abteilung, und Oberpräparator M. **Schelenz** das Nötige zur Bergung der Funde veranlaßt. Die Untersuchung der Fundstelle und die vorläufige Untersuchung der Knochen hat ergeben, daß die Skelette zweifellos aus der Diluvialzeit stammen. Die für die Wissenschaft und insbesondere die Kenntnis des prähistorischen Menschen interessanten Funde werden zurzeit präpariert und darf man auf das weitere Ergebnis der Untersuchung sehr gespannt sein.

Tierfiguren der Majolika-Manufaktur im Botanischen Garten. In den letzten Tagen waren im hiesigen Botanischen Garten drei große Tierfiguren durch die Majolika-Manufaktur ausgestellt, welche ziemliche Aufmerksamkeit durch die zahlreichen Besucher fanden, und zwar ein Kater, ein Eichhörnchen und ein Hase. Sie stellen die letzten Erzeugnisse der Majolika-Manufaktur auf dem Gebiete der Garten-Keramik dar, sind von recht haltbarem Material und mit künstlerischem Geschmack hergestellt. Sie haben als Erzeuger den Bildhauer Werner **Gothein**, einen Sohn der Stadt Karlsruhe. Die ausgestellten Figuren bedeuten einen neuen Typus der Gartenplastik, welche öffentliche Gärten, wie den Botanischen Garten, vielseitiger und anziehender machen soll. Es ist zu wünschen, daß die Tierfiguren nicht endgültig wieder aus der Karlsruher Gartenkeramik verschwinden. Herr Gothein hat denn auch bereits größere Aufträge in Gartenkeramik für den preußischen Staat und für einige größere deutsche Stadtverwaltungen ausgeführt.

Vom Luftverkehr. Am 3. Mai ist auch die **Schwarzwaldlinie** Mannheim—Karlsruhe—Baden-Baden—Villingen—Konstanz eröffnet worden. Einem Geschäftsmanne, der um 7.15 Uhr morgens Konstanz im Flugzeug verläßt, wird es möglich sein, bereits um 9.35 Uhr seinen Fuß auf Karlsruher Boden zu setzen. In Karlsruhe selbst kann er in siebenstündigem Aufenthalt seine Kommissionen erledigen und dann um 4.25 Uhr nachmittags den Rückflug antreten.

Badisches Landestheater. Mit **Wolfgang Goetz**, dem Verfasser des fünfaktigen Schauspiels **„Neidhardt von Gneisenau"**, dessen Erstaufführung für Samstag, den 8. Mai, bevorsteht, erscheint ein Dramatiker auf der deutschen Gegenwartsbühne, der bis zur jüngst in Stuttgart erfolgten erfolgreichen Uraufführung des Werkes noch nicht gespielt wurde. Dieses ist nach einigen vorangegangenen dramatischen Versuchen leichterer Art (es liegen zwei Einakter und ein Lustspiel vor) die erste Bühnenschöpfung großen Formats des jetzt vierzigjährigen Dichters, der bisher hauptsächlich als Novellist hervortrat. Sein Schauspiel „Neidhardt von Gneisenau" will nicht als eines der „historischen" Stücke genommen sein, die einen denkwürdigen Abschnitt vaterländischer Geschichte, hier die Zeit der Freiheitskriege, nach mehr oder minder nachahmenswerten Mustern und erprobtem Schema dramatisieren. Es will nicht jenes Genre des theatralischen Heldenkults vermehren, der die menschlichen Bedingtheiten, die tieferen Verflechtungen individueller Anlagen mit schicksalhaften Begebenheiten um des erhabenen Eindruckwillen entschlossen ignoriert. Es versucht, den Ablauf eines bedeutenden, der Vergangenheit angehörenden Geschehens in seinen inneren, der oberflächlichen Betrachtung schwer erkennbaren Zusammenhängen zu erfassen und seine eigentümlichen Beziehungen zur lebendigen Gegenwart unserm Verstehen zu erschließen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom 5. Mai, 8 Uhr morgens. Bei zeitweisen Regenfällen war es gestern in Baden meist bewölkt, in einigen Schwarzwaldtälern mit Nebel. Die heutigen Morgentemperaturen sind ungefähr die gleichen wie gestern. Durch einen Hochdruckkeil, der sich von Island nach Süden vorgeschoben hat ist die ozeanische Zyklone vom Kontinent abgedrängt worden. Über Mitteleuropa liegt heute ein ausgedehntes Tiefdruckgebiet mit mehreren Kernen. Eine schmale Rinne am Nordrande der Alpen brachte heute morgen für Baden leichte Aufgleitregen. Weitere Störungen über Frankreich lassen für morgen unbeständiges Wetter erwarten. Bei der zu erwartenden Südostwärtsverlagerungen des nordwestlichen Hochdruckgebietes ist in einigen Tagen mit stärkerer Abkühlung (Nachfrostgefahr) zu rechnen. — **Prognose:** Unbeständig, keine wesentliche Temperaturänderung, leichte Gewittergefahr.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Mannheim,** 1. Mai. In der gestrigen Verhandlung gegen den städtischen Verwaltungsinspektor **Erythropel** wurde der Angeklagte vom Schöffengericht wegen schwerer Urkundenfälschung und Unterschlagung zu einer **Gefängnisstrafe von 2 Jahren 3 Monaten** und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Erythropel war Bezirksvorsteher des 49. Armenbezirks. Durch die Gewissenhaftigkeit eines Armenpflegers, der sich die durch seine Hand gegangenen Beträge noch einmal privatim in seinem Notizbuch notierte und so in der Lage war, diese mit den von Erythropel vermerkten zu vergleichen, kamen die Unredlichkeiten ans Tageslicht. Die Entrüstung in der Bevölkerung war um so größer, als man erfuhr, daß man einen Mann mit einem angesehenen Posten in der Stadtverwaltung betraut hatte, der viermal wegen Betrug und Urkundenfälschung und Betrug im Rückfalle bestraft war, wenngleich er auch die letzte Strafe im Jahre 1900 verbüßte.

DZ. **Mannheim,** 28. April. Auf Veranlassung der Zollsteuerstelle in Frankfurt a. M. wurde der Inhaber der Kognakbrennerei **Herrwerth,** in Mannheim **festgenommen,** dem zur Last gelegt wird, für einige hunderttausend Mark **Steuerhinterziehungen** begangen zu haben. Durch bereits erfolgte Beschlagnahme im Werte von einigen hunderttausend Mark dürfte die Zollbehörde voraussichtlich gedeckt sein. Mit Herrwerth wurde ein gewisser Goldstein verhaftet, der sich bei den Steuerhinterziehungen als Gehilfe betätigt hat.

DZ. **Mannheim,** 2. April Zum erstenmal wurde hier im alten Zollhafen ein **Kühlleichter** mit 3000 Zentnern argentinischem **Gefrierfleisch** gelöscht. Das Motorschiff kam von Amsterdam. Der Transport mittelst Schiff bedeutet die erstmalige Abweichung von der Gepflogenheit, das Fleisch durch Kühlwagen der Eisenbahn ab Hamburg zu verschicken. Der Laderaum wird mittelst einer Ammoniakanlage in Gefriertemperatur gehalten.

DZ. **Heidelberg,** 3. Mai. In hiesigen Geschäften werden **die ersten Kirschen** von **der** Bergstraße feilgeboten.

* **Heidelberg,** 27. April. Nachdem nunmehr **die Fortsetzung des Neckarkanals bis Heilbronn** endgültig beschlossen ist, wird, abgesehen von den bereits im Gang befindlichen Staustufen bei **Ladenburg** und **Heilbronn** die Staustufe **Heidelberg-Hirschgasse** die erste sein, mit der begonnen wird. Die eigentlichen Bauarbeiten werden im Herbst 1926 beginnen. Zuerst müssen Abdämmungen im Fluß und Sprengungen vorgenommen werden. Die Hauptarbeiten beginnen dann im nächsten Frühjahr. Die gesamte Staustufe Heidelberg-Hirschgasse soll bis zum Frühjahr 1928 fertig sein.

* **Schriesheim,** 30. April. Die **Obsternte** verspricht in diesem Jahr an der Bergstraße sehr gut auszufallen. Die Bäume haben gut verblüht und zeigen reichen Behang. Besonders die Kirschen versprechen eine Rekordernte. Wenn die warme Witterung anhält, werden in diesem Jahre bereits Mitte Mai die ersten Kirschen auf den Markt kommen.

DZ. **Baden-Baden,** 5. Mai. Am Freitag Abend werden die **amerikanischen Hoteliers,** die z. Zt. auf einer Europareise begriffen sind, von Heidelberg kommend, hier eintreffen.

DZ. **Baden-Baden,** 27. April. Hier ist dieser Tage eine der markantesten Persönlichkeiten des alten Straßburg i. Els., Theodor Jakob Cußler, im 80. Lebensjahr **gestorben.** Nach dem Kriege 1870/71 ließ er sich in Straßburg gewerblich nieder und brachte sein **aus** kleinen Anfängen gegründetes Zigarrenhaus zum ersten am Platze. Ihm als Pionier und Vorkämpfer des Deutschtums verdankte mit an erster Stelle das Denkmal Kaiser Wilhelms I. in Straßburg seine Entstehung. Vor zwei Jahren konnte Cußler das Fest der goldenen Hochzeit begehen.

DZ. **Kehl,** 27. April. Unter dem Vorsitz **des** Bezirksarztes Dr. **Merk** hat sich hier ein Arbeitsausschuß zur Veranstaltung einer **Gesundheitswoche** in der Zeit vom 5.—12. Juni gebildet. Geplant ist, einen Teil der Karlsruher Ausstellung **„Reinlichkeit und Sittlichkeit"** sowie die Ausstellung „Mutter und Kind" hierher zu bekommen, wofür die Stadtverwaltung die neue Festhalle zur Verfügung stellt und zusammen mit dem Bezirksfürsorgeverband die technischen Vorarbeiten leistet und auch einen Teil der Finanzierung übernimmt. Außer Lichtbildervorträgen sind auch sportliche Veranstaltungen geplant.

DZ. **Rheinfelden-Baden,** 28. April. Am Montag wurde mit den Arbeiten zur Legung der **Gasleitung** vom **Gaswerk in Lörrach** nach Rheinfelden mit dem Anschluß in Wyhlen nach Rheinfelden begonnen. Hierdurch ist für viele Arbeitslose Beschäftigung gegeben.

WTB. **Frankental,** 5. Mai. (Tel.) Vom hiesigen Schwurgericht wurde heute nachmittag gegen 2 Uhr am 2. Verhandlungstag der Separatistenführer **Irmscher** wegen 3fachen Mordes **dreimal zum Tode** und Aberkennung der bürgerl. Ehrenrechte verurteilt. Der Angeklagte nahm das Urteil ruhig auf.

Verschiedenes

Abfahrt der „Norge"

WTB. **Leningrad,** 5. Mai. (Tel.) Das Polschiff **„Norge"** ist heute vormittag 9.38 Uhr **nach Spitzbergen** abgeflogen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	5. Mai		4. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.58	169.00	168.56	168.98
Kopenhagen 100 Kr.	109.66	109.94	109.61	109.89
Italien . . 100 L.	16.835	16.875	16.84	16.8
London . . 1 Pfd.	20.366	20 416	20.374	20.426
Newyork . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	13.255	13.295	13.745	13.785
Schweiz . 100 Fr.	81.155	81.355	81.14	81,34
Wien 100 Schilling	59.195	59.335	59.195	59.335
Prag . . 100 Kr.	12.418	12.458	12.418	12.458

Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe. Die dem Aufsichtsrat vorgelegte Bilanz auf 31. Dez. 1925 ergibt nach vorsichtiger Bewertung der Bestände und nach Abschreibung aller Beteiligungen bei Tochter-Unternehmungen, welche zwecks Umstellung auf neue Fabrikationszweige gegründet worden sind, unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages für 1924 einen bilanzmäßigen Verlust von RM. 701 278,52, der durch Auflösung der gesetzlichen Reserven von RM. 700 000.— bis auf RM. 1278,52 die vorgetragen werden, gedeckt wird.

Sinner A.-G. Karlsruhe. Der Aufsichtsrat der Sinner A.G. in Karlsruhe-Grünwinkel beantragt für 1925 eine Dividende von 3 Proz. gegen 4 Proz. im Vorjahre.

Badische Beamtenbank. Die Badische Beamtenbank (bisher Badische Beamten-Genossenschaftsbank), die Ende 1925 einen Mitgliederstand von 35 000 umfaßte, erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr bei einem Umsatz von 925 Millionen einen Reingewinn von 152 181 M., der neben reichlichen Abschreibungen und Rücklagen die Ausschüttung eines Gewinnanteils von 12 Proz. auf die Geschäftsanteile ermöglichte. Aus den Aktiven sind die Grundstücke, bestehend in 19 Wohn- und Geschäftsgebäuden mit einem Gesamtsteuerwert von 2 849 500 Mark und einem Buchwert von 1 290 612 M. hervorzuheben.

Erneutes Absinken des französischen und belgischen Frankens. Wie aus Berlin gedrahtet wird, ist gegenüber den gestrigen Schlußkursen an den maßgebenden Auslandsplätzen ein erneutes Rückgehen der beiden Frankenwährungen zu verzeichnen. **Paris** notierte heute Mittwoch gegen ¾11 Uhr vormittags in London 152 gegen 149,50, und **Brüssel** 156,31 gegen 151,75.

Die Impfung im Jahre 1926.

Die unentgeltliche öffentliche Impfung der Kinder der Stadt Karlsruhe einschl. der Stadtteile Mühlburg, Daxlanden, Grünwinkel, Beiertheim, Rüppurr und Rintheim wird an den nachgenannten Tagen vorgenommen: E.209

Dienstag, den 11. Mai, nachm. 5 Uhr, Gartenschule (Impfung),
Mittwoch, den 12. Mai, nachm. 5 Uhr, Gartenschule (Impfung),
Freitag, den 14. Mai, nachm. 5 Uhr, Gartenschule (Impfung),
Montag, den 17. Mai, nachm. 5 Uhr, Gartenschule (Impfung),
Dienstag, den 18. Mai, nachm. 5 Uhr, Gartenschule (Nachschau),
Mittwoch, den 19. Mai, nachm. 5 Uhr, Gartenschule (Nachschau),
Donnerstag, den 20. Mai, nachm. 5 Uhr, Tullaschule und Rintheim (Impfung),
Freitag, den 21. Mai, nachm. 5 Uhr, Gartenschule (Nachschau),
Dienstag, den 25. Mai, nachm. 5 Uhr, Gartenschule (Nachschau),
Mittwoch, den 26. Mai, nachm. 5 Uhr, Tullaschule (Impfung),
Donnerstag, den 27. Mai, nachm. 5 Uhr, Tullaschule (Nachschau),
Freitag, den 28. Mai, nachm. 5 Uhr, Tullaschule (Impfung),
Dienstag, den 1. Juni, nachm. 5 Uhr, Mühlburg, Hardtstr. 5 (Impfung),
Mittwoch, den 2. Juni, nachm. 5 Uhr, Tullaschule (Nachschau),
Freitag, den 4. Juni, nachm. 5 Uhr, Tullaschule (Nachschau),
Dienstag, den 8. Juni, nachm. 5 Uhr, Mühlburg, Hardtstr. 5 (Nachschau).
Mittwoch, den 9. Juni, nachm. 5 Uhr, Mühlburg, Hardtstr. 5 (Impfung),
Freitag, den 11. Juni, nachm. 5 Uhr, Mühlburg, Hardtstr. 5 (Impfung),
Dienstag, den 15. Juni, vorm. 9½ Uhr, Rüppurr Turnhalle (Impfung für Erstimpflinge),
Dienstag, den 15. Juni, vorm. 10½ Uhr, Rüppurr Turnhalle (Impfung für Wiederimpflinge),
Mittwoch, den 16. Juni, nachm. 5 Uhr, Mühlburg, Hardtstr. 5 (Nachschau),
Freitag, den 18. Juni, nachm. 5 Uhr, Mühlburg, Hardtstr. 5 (Nachschau),
Dienstag, den 22. Juni, vorm. 9½ Uhr, Rüppurr Turnhalle (Nachschau für Erstimpflinge),
Dienstag, den 22. Juni, vorm. 10½ Uhr, Rüppurr, Turnhalle (Nachschau für Wiederimpflinge),
Donnerstag, den 24. Juni, vorm. 9 Uhr, Daxlanden Kleinkinderschule (Impfung für Erstimpflinge),
Donnerstag, den 24. Juni, vorm. 10½ Uhr, Daxlanden, Kleinkinderschule (Impfung für Wiederimpflinge),
Freitag, den 25. Juni, vorm. 9½ Uhr, Grünwinkel Schulhaus (Impfung für Erstimpflinge),
Freitag, den 25. Juni, vorm. 10 Uhr, Grünwinkel, Schulhaus (Impfung für Wiederimpflinge),
Donnerstag, den 1. Juli, vorm. 9 Uhr, Daxlanden, Kleinkinderschule (Nachschau für Erstimpflinge),
Donnerstag, den 1. Juli, vorm. 10½ Uhr, Daxlanden, Kleinkinderschule (Nachschau für Wiederimpflinge),
Freitag, den 2. Juli, vorm. 9½ Uhr, Grünwinkel, Schulhaus (Nachschau für Erstimpflinge),
Freitag, den 2. Juli, vorm. 10 Uhr, Grünwinkel, Schulhaus (Nachschau für Wiederimpflinge).

Karlsruhe, den 4. Mai 1926. O.-Z. 88.
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion B. —

IM MARKGRÄFLICHEN PALAIS
Rondellplatz, Karlfriedrichstraße 23
FORTSETZUNG DES
TOTAL-AUSVERKAUFS DER MÖBEL-BESTÄNDE
aus der Liquidationsmasse des
BADISCHEN BAUBUNDES G. M. B. H. i. Liquid.
KOMPLETTE EINRICHTUNGEN
Besondere Kaufgelegenheit von Einzelmöbeln wie
SCHRÄNKE, WASCHKOMMODEN, TISCHE, STÜHLE, BETTSTELLEN, FLURGARDEROBEN USW.
Sehr billige Preise — Bei Barzahlung weitere Vergünstigung

Metallbetten E.83
Kinderbett., Stahlmatr., günstig an Private. Katalog 1131 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Chaiselongues
neu von 35 M. an zu verk. A. Ernst, Steinstr. 7

E.213. **Villingen.** Nachdem der Beschluß vom 26. Januar 1926, durch den der Zwangsvergleich bestätigt worden ist, Rechtskraft erlangt hat, ist die Geschäftsaufsicht über das Vermögen der Firma **Fritz Heinzmann,** Schuhfabrik in Mönchweiler beendigt; das Verfahren wurde am 29. April 1926 aufgehoben.
Bad. Amtsgericht II.

Güterrechtsregister.

Schopfheim. E.214
Zum Güterrechtsregister Band II Seite 324 wurde eingetragen:
Keller, Karl Isidor, Fabrikarbeiter in Schopfheim, und Luise geb. Leber. Vertrag v. 21. April 1926. Gütertrennung.
Schopfheim, 3. Mai 1926.
Bad. Amtsgericht.

Uhren-Reparaturen
jeder Art werden bei bill. Berechnung unter Garantie ausgeführt.
Träger, Zähringerstraße 48.

Detektiv-Institut „Argus" u. Privat-Auskunftei Mannheim
O. 6. 6 Planken Fernspr. 3305
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Heirat.
Hübsche gesunde Gutsbesitzerstochter, Waise, 21 J. alt, mit 700 Morgen gr. Gut und mehreren 100000 M. Barvermögen wünscht sich mit strebs. Herrn auch ohne Vermögen zu verh. d. Fr. Sander, Berlin C 25.

Bauplatzumlegung zwischen der Körner- und Neureuterstr. nördlich der Reinmuthstr. auf Gemarkung Knielingen.

Die vom Gemeinderat Knielingen beantragte Neueinteilung der auf Gemarkung Knielingen gelegenen Grundstücke Lgb. Nr. 42/2, 589, 591 a, 591 b, 592, 593, 594, 594/1, 597, 598, 663, 664/2, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 672/1, 673, 674, 675 a, 675 b, 676, 677, 678, 679, 682 a, 683, 684, 686, 687 zur Gewinnung zweckmäßiger Bauplätze zwischen Neureuter- und Körnerstraße nördlich der Reinmuthstraße wird hiermit nach Maßgabe des darüber entworfenen, vom Gemeinderat genehmigten und mit entsprechendem diesseitigem Vermerk versehenen Planes vom 19. Februar 1925 auf Grund des § 19 und § 21 des Ortsstraßengesetzes für vollzugsreif erklärt. E.208

Als Zeitpunkt für den Übergang des Eigentums und der Rechte dritter Personen wird der 15. Juni 1926 bestimmt.

Karlsruhe, den 3. Mai 1926. O.-Z. 87.
Bad. Bezirksamt II a.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Nachdem die Maul- und Klauenseuche im Vorort Karlsruhe-Mühlburg erloschen ist, werden die unterm 23. 3. 1926 angeordneten Schutzmaßnahmen hiermit aufgehoben. E.210

Karlsruhe, den 3. Mai 1926. O.-Z. 89.
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion B. —

Den Kleinverkauf von Kohlen betr.

Wir haben Veranlassung, erneut darauf aufmerksam zu machen, daß nach der Bekanntmachung des Stadtrates hier, vom 18. September 1916 die Kohlenhändler, welche Kohlen oder Holz in Säcken oder in Körben zum Verkauf bringen, verpflichtet sind, auf den Kohlen- oder Holzwagen eine Wage mitzuführen, damit die Käufer in der Lage sind, das Gewicht der Lieferung nachzuprüfen. E.207

Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Karlsruhe, den 3. Mai 1926. O.-Z. 86.
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion B. —

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit.

E.211. **Bühl.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhhändlers **Andreas Konrad König** in Kappelwindeck wurde Termin zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis bestimmt auf:

Samstag, den 5. Juni 1926, vormittags 10 Uhr, hierher, 1. Stock, Zimmer Nr. 2.

Bühl, 3. Mai 1926.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

E.206. **Offenburg.** Über die Firma **Karl Wörter,** Kaufhaus und Großhandlung in Offenburg, wird heute am 1. Mai 1926, vorm. 11 Uhr, die Geschäftsaufsicht angeordnet.

Als Geschäftsaufsichtsperson wird Rechtsanwalt Dr. Schleicher in Offenburg bestellt.

Offenburg, 1. Mai 1926.
Bad. Amtsgericht III.

Bekanntmachung.

E.212. **Villingen.** Die Geschäftsaufsicht über die Firma **Gebr. Bloch** in Villingen, Baden, alleiniger Inhaber Kaufmann Michael Bloch in Villingen, Baden, ist nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs beendigt.

Villingen, 30. April 1926.
Gerichtsschreiberei des Bad. Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

Meßkirch. E.201
In das Vereinsregister Band I wurde heute eingetragen O.-Z. 10 **„Schützengesellschaft Meßkirch e. V. Meßkirch".**

Meßkirch, 26. April 1926.
Amtsgericht.

Badisches Landestheater
Donnerstag, 6. Mai 1926
* F 24. Th.-G. 1401—1525
Zweimal Oliver
Ein Stück in drei Teilen (11 Bildern) von G. Kaiser
In Szene ges. v. F. Baumbach
Personen:

Oliver	Lieck
Olivers Frau	Moeller
Olivers Tochter	Rademacher
Olivia	Clement
Olivias Freund	Leitgeb
Direktor	Herz
Agent	Gemmecke
Regisseur	Brand
Diener Olivias	Prüter
Logiswirt	Müller
Ballettmeisterin	Laine
Tänzerin	Volkner
Professor	Höcker
Kollegin	Noorman
Chinese	Weber
Kokette	Albrecht
Kellner	Mehner
Chefarzt	v. d. Trenck
Unterarzt	Nißl

Anfang 7½, Ende nach 10
Sperrsitz I M. 5.20
Fr. 7. Mai Figaros Hochzeit

Druck G. Braun, Karlsruhe